

Bürgermeister Willkür vorgeworfen

Gottenheimer Grundstückseigner fühlen sich benachteiligt, weil die Gemeinde Teil der Gewinne für Infrastruktur abschöpft

GOTTENHEIM (ms). Die künftigen Grundsätze über den Umgang mit Bauland waren das Thema der jüngsten Gottenheimer Gemeinderatssitzung, doch die meiste Zeit wurde dabei nur über das seit langem als neues Baugebiet vorgesehene Areal Steinacker/Berg diskutiert. Anschließend machten viele Grundstückseigentümer ihrem Unmut über den sogenannten Flächenabzug Luft.

„Ihr sucht euch immer raus, was euch gerade passt“ kommentierte ein aufgebracht Bürger die Argumente von Bürgermeister Alfred Schwenninger, warum die Gemeinde bei der Ausweisung eines neuen Baugebietes einen Flächenabzug von mindestens 30 Prozent brauche. Es seien „Larifari-Rechnungen“, die der Bürgermeister mit seinen Planungs- und Infrastrukturkosten aufmache. Den Abschlag von 30 Prozent braucht die Gemeinde, um die notwendigen Infrastruktureinrichtungen wie Straßen und Geh-

wege zu schaffen. Außerdem soll ein Teil des Planungsgewinnes abgeschöpft werden, der den Eigentümern dadurch entsteht, dass ihr Grund und Boden zu Bauland wird.

Der Grund für diese zum Teil wütenden Äußerungen waren die Vorschläge zur künftigen Baulandpolitik, die der Gemeinderat zuvor diskutiert hatte. Die Gemeinderäte Lioba Himmelsbach (Frauenliste), Alfred Staudinger (NL) und Heinz Nikola (FWG) hatten die Ansprache beantragt und ein paar Fragen aufgeworfen. Wie solle sich die Einwohnerzahl von Gottenheim in den nächsten Jahren entwickeln? Wie lange müsse ein neues Baugebiet vorhalten? Soll unkontrollierter Verkauf von Bauland zugelassen werden? Sollen auch einkommensschwächere Bürger Bauland erwerben können. Müssen neue Baugebiete kostenneutral sein und reicht die Infrastruktur der Gemeinde für die neu hinzukommenden Einwohner? Diese Fragen arbeiteten die Rate nach und nach

ab, doch es ging in der Diskussion immer wieder um Steinacker/Berg.

Dies kritisierte insbesondere Harald Schönberger (FBL): „Wir führen eine Scheindiskussion. Es wurde eh gesagt, dass es in den nächsten 15 Jahren nur Steinacker/Berg als Baugebiet geben wird“. Man solle sich doch auf die Grundsätze beschränken und keine konkreten Zahlen diskutieren. Über die Grundsätze herrschte dann auch weitgehend Einigkeit im Gremium. Die Gemeinde solle in den nächsten Jahren maßvoll wachsen, und zwar aus sich selbst heraus.

Von 1984 bis 1994 ist die Einwohnerzahl laut Sitzungsvorlage von 2159 auf 2401 gestiegen. In der Folgezeit aber beinahe konstant geblieben. 2002 zählte Gottenheim 2456 Einwohner. Der Grund für den nur geringen Anstieg liege darin, so Bürgermeister Schwenninger, dass es nach der Fertigstellung des Baugebiets Au IV keine neuen Baugebiete mehr gegeben habe. Ein behutsames

Anwachsen auf rund 3000 Einwohner könne Gottenheim durchaus vertragen, so der Tenor im Rat.

Das neue Baugebiet Steinacker/Berg verfüge über etwa 10 Hektar und solle nun mindestens für die nächsten 15 Jahre ausreichen, was, so der Bürgermeister, kein Problem darstelle, weil die Eigentümer laut einer Umfrage der Verwaltung erst nach und nach bauen wollen. Die Gemeinderäte waren sich auch einig, dass das Baugebiet für die Gemeinde kostenneutral bleiben soll.

Die Infrastruktur reiche aber für die erwarteten 600 bis 700 neuen Einwohner zum Teil nicht aus, war sich der Bürgermeister sicher. Daher müssten die die Eigentümer mit einem Flächenabzug von rund 30 Prozent rechnen, eventuell komme noch eine Infrastrukturabgabe hinzu.

In anderen Gemeinden seien bis zu 40 Prozent ganz normal, daher verstehe er, so Schwenninger, den geäußerten Unmut nicht.